



Terrorismuswatch | #terrorism_watch
www.terrorismismuswatch.de
buero@terrorismismuswatch.de

TERRORISMUSBEDROHUNG HAITI



1. Executive Summary

Haiti befindet sich Mitte 2026 in einer tiefgreifenden und anhaltenden Sicherheitskrise, die durch den fortschreitenden Zerfall staatlicher Institutionen, die territoriale Expansion bewaffneter Gruppierungen sowie die zunehmende Verflechtung organisierter Kriminalität mit politischer Gewalt geprägt ist. Der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols hat in weiten Teilen des Landes ein Sicherheitsvakuum entstehen lassen, das von hochgradig bewaffneten Banden systematisch genutzt wird, um territoriale Kontrolle auszuüben, wirtschaftliche Ressourcen zu monopolisieren und den Einfluss staatlicher Institutionen nachhaltig zurückzudrängen. In zahlreichen Regionen übernehmen diese Akteure faktisch Aufgaben staatlicher Herrschaft, kontrollieren Verkehrswege, regulieren wirtschaftliche Aktivitäten und bestimmen den Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen.

Die gegenwärtige Bedrohungslage wird nicht durch klassische ideologisch motivierte Terrororganisationen bestimmt. Das Gewaltgeschehen wird vielmehr von bewaffneten kriminellen Netzwerken dominiert, deren primäre Zielsetzung in der Sicherung wirtschaftlicher Macht, territorialer Kontrolle und organisatorischer Expansion besteht. Gleichzeitig weisen ihre Operationsmuster wesentliche funktionale Merkmale terroristischer Gewalt auf. Systematische Einschüchterung der Bevölkerung, koordinierte Angriffe auf staatliche Einrichtungen, öffentlich inszenierte Gewalthandlungen, Massaker, Entführungen sowie sexualisierte Gewalt dienen nicht ausschließlich der unmittelbaren Gewinnerzielung, sondern entfalten zugleich eine strategische Wirkung auf Staat und Gesellschaft. Sie untergraben das Vertrauen in staatliche Institutionen, beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit der

Sicherheitsbehörden und schaffen ein dauerhaftes Klima der Unsicherheit, das die Konsolidierung krimineller Herrschaftsstrukturen begünstigt.

Die organisatorische Entwicklung der haitianischen Bandenlandschaft hat die Bedrohung erheblich verschärft. Aus ehemals lokal begrenzten und häufig konkurrierenden Gruppierungen sind zunehmend vernetzte Koalitionen hervorgegangen, die ihre militärischen, logistischen und finanziellen Ressourcen bündeln. Insbesondere die Bildung von Allianzen wie Viv Ansanm verdeutlicht den Übergang von fragmentierten Bandenstrukturen hin zu flexibel organisierten Gewaltnetzwerken mit erheblicher operativer Reichweite. Diese Entwicklung ermöglicht koordinierte Angriffe gegen mehrere Zielobjekte, verbessert die territoriale Expansion und erhöht die Widerstandsfähigkeit gegenüber staatlichen Sicherheitsmaßnahmen. Gleichzeitig erschwert die dezentrale Netzwerkstruktur die Identifizierung und nachhaltige Zerschlagung der Führungsstrukturen erheblich.

Die wirtschaftliche Grundlage dieser Gewaltakteure beruht auf einer engen Verzahnung territorialer Kontrolle mit organisierter Kriminalität. Entführungen gegen Lösegeld, Schutzgelderpressung, Kontrolle von Handels- und Transportwegen, Waffenhandel sowie weitere illegale Einnahmequellen sichern die dauerhafte Finanzierung bewaffneter Strukturen. Die Kontrolle strategischer Infrastruktur ermöglicht darüber hinaus die Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten und verschafft den Gruppierungen erheblichen Einfluss auf die Versorgung der Bevölkerung. Dadurch entstehen parallele Herrschaftssysteme, in denen staatliche Institutionen zunehmend ihre Fähigkeit verlieren,

grundlegende Sicherheits- und Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen.

Die humanitären Auswirkungen dieser Entwicklung verstärken die sicherheitspolitische Dynamik zusätzlich. Weitreichende Vertreibungen, eine zunehmende Ernährungsunsicherheit, der eingeschränkte Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sowie wiederholte Angriffe auf humanitäre Hilfsmaßnahmen verschärfen die gesellschaftliche Destabilisierung. Gleichzeitig schaffen Armut, Perspektivlosigkeit und der weitgehende Ausfall staatlicher Schutzfunktionen günstige Rahmenbedingungen für die Rekrutierung neuer Mitglieder durch bewaffnete Gruppierungen. Die humanitäre Krise wirkt damit nicht nur als Folge der Gewalt, sondern zugleich als zentraler Faktor für deren langfristige Aufrechterhaltung.

Ideologisch motivierte Radikalisierungsprozesse spielen innerhalb des gegenwärtigen Bedrohungsbildes lediglich eine untergeordnete Rolle. Die Rekrutierung erfolgt überwiegend auf Grundlage sozioökonomischer Faktoren, lokaler Machtstrukturen sowie materieller Anreize. Schutzversprechen, finanzielle Vorteile, soziale Bindungen und Zwangsrekrutierungen stellen die dominierenden Mechanismen dar. Belastbare Hinweise auf eine systematische Einflussnahme transnational-jihadistischer Netzwerke oder anderer religiös motivierter extremistischer Organisationen liegen nicht vor. Gewalt dient primär der Sicherung krimineller Geschäftsmodelle und territorialer Herrschaft, nicht der Durchsetzung eines ideologischen oder religiösen Programms.

Die Sicherheitsentwicklung weist insgesamt auf die Herausbildung eines hybriden Gewaltkomplexes hin, in dem organisierte Kriminalität, staatszersetzende Gewalt und terroristisch wirkende Operationsmuster eng miteinander verflochten sind. Die begriffliche Einordnung dieser Akteure bleibt auf internationaler Ebene uneinheitlich, da unterschiedliche rechtliche und politische Definitionen des Terrorismus Anwendung finden. Unabhängig davon besitzen die bewaffneten Netzwerke inzwischen die Fähigkeit, staatliche Strukturen nachhaltig zu destabilisieren, gesellschaftliche Resilienz zu schwächen und politische Entscheidungsprozesse mittelbar zu beeinflussen. Die fortschreitende Professionalisierung der Gruppierungen, ihre zunehmende territoriale Expansion sowie die anhaltende Schwäche staatlicher Institutionen stellen die maßgeblichen Treiber der zukünftigen Sicherheitsentwicklung dar. Gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Erkenntnislücken hinsichtlich interner Führungsstrukturen, verdeckter Finanzierungsnetzwerke sowie des Umfangs möglicher transnationaler Verbindungen, die bei der sicherheitspolitischen Bewertung des Bedrohungsbildes zu berücksichtigen sind.

2. Strategische Bedrohungslage

Die Sicherheitslage in Haiti ist durch eine fortschreitende Erosion staatlicher Kontrolle und die zunehmende Konsolidierung bewaffneter krimineller Netzwerke geprägt. Seit dem Zusammenbruch zentraler staatlicher Steuerungs- und Sicherheitsstrukturen haben sich zahlreiche Regionen des Landes zu Räumen entwickelt, in denen staatliche

Institutionen ihre Kernaufgaben nur noch eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr wahrnehmen können. Besonders betroffen sind die Metropolregion Port-au-Prince sowie Teile der Départements Artibonite und Centre, in denen bewaffnete Gruppierungen wesentliche Verkehrsachsen, wirtschaftlich bedeutsame Gebiete und dicht besiedelte Wohnviertel kontrollieren. Die territoriale Expansion dieser Akteure hat die sicherheitspolitische Lage von einer lokalen Kriminalitätsproblematik zu einer landesweiten Stabilitätskrise entwickelt.

Der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols bildet den zentralen Treiber dieser Entwicklung. Polizei, Justiz und Verwaltung verfügen nur noch begrenzt über die personellen, materiellen und organisatorischen Fähigkeiten, ihre Aufgaben dauerhaft wahrzunehmen. In zahlreichen Gebieten bestimmen bewaffnete Gruppierungen den Zugang zu Verkehrswegen, kontrollieren wirtschaftliche Aktivitäten, regulieren lokale Märkte und beeinflussen die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern. Dadurch entstehen parallele Herrschaftsstrukturen, die staatliche Institutionen zunehmend ersetzen und deren Legitimität nachhaltig untergraben. Die Fähigkeit des Staates, Recht durchzusetzen, Bevölkerung zu schützen und öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen, wird dadurch erheblich eingeschränkt.

Die territoriale Ausbreitung bewaffneter Gruppierungen folgt einer klar erkennbaren strategischen Logik. Im Mittelpunkt stehen Räume mit hoher wirtschaftlicher oder logistischer Bedeutung, insbesondere Hauptverkehrsstraßen, Hafenanlagen, Flughäfen, Treibstoffdepots sowie Verbindungsachsen zwischen den wichtigsten urbanen Zentren. Die Kontrolle dieser Infrastruktur ermöglicht nicht nur

erhebliche Einnahmen durch Erpressung und illegale Abgaben, sondern schränkt gleichzeitig die Bewegungsfreiheit staatlicher Sicherheitskräfte ein und erschwert humanitäre Hilfsmaßnahmen. Die Beherrschung logistischer Knotenpunkte erhöht darüber hinaus die operative Mobilität bewaffneter Gruppen und erleichtert die Versorgung mit Waffen, Munition und weiteren Ressourcen.

Parallel zur territorialen Expansion ist eine deutliche Professionalisierung der Organisationsstrukturen festzustellen. Die Bildung größerer Koalitionen sowie die koordinierte Durchführung komplexer Operationen gegen mehrere Zielobjekte innerhalb kurzer Zeiträume weisen auf eine zunehmende strategische Planung hin. Lokale Banden entwickeln sich zunehmend zu flexibel organisierten Netzwerken, die ihre personellen und materiellen Ressourcen bündeln und dadurch ihre operative Reichweite erheblich erweitern. Die dezentrale Netzwerkstruktur erschwert gleichzeitig die Identifizierung zentraler Führungsstrukturen und erhöht die Anpassungsfähigkeit gegenüber staatlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Die politische Instabilität verstärkt diese Entwicklung zusätzlich. Wiederholte Verzögerungen politischer Übergangsprozesse, begrenzte staatliche Legitimation sowie die anhaltende Schwäche zentraler Regierungsinstitutionen schaffen Rahmenbedingungen, welche bewaffneten Akteuren zusätzlichen Handlungsspielraum eröffnen. Zwar verfolgen die dominierenden Gruppierungen keine kohärente ideologische Agenda zur grundlegenden Umgestaltung des politischen Systems, dennoch beeinflussen sie politische Entscheidungsprozesse indirekt durch Einschüchterung, Gewaltandrohung und die Kontrolle strategisch wichtiger

Räume. Politischer Einfluss dient dabei überwiegend der Sicherung wirtschaftlicher Interessen sowie der Verhinderung staatlicher Maßnahmen gegen bestehende Herrschaftsstrukturen.

Die humanitäre Krise entwickelt sich zunehmend zu einem eigenständigen sicherheitspolitischen Risikofaktor. Millionen Menschen sind auf humanitäre Unterstützung angewiesen, während Vertreibungen, Ernährungsunsicherheit und der eingeschränkte Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung die gesellschaftliche Resilienz kontinuierlich schwächen. Gleichzeitig erschweren bewaffnete Angriffe auf Hilfsorganisationen, Straßensperren und die Kontrolle logistischer Versorgungswege eine wirksame humanitäre Versorgung. Die daraus resultierende Verschlechterung der Lebensbedingungen erhöht die soziale Verwundbarkeit großer Bevölkerungssteile und schafft günstige Voraussetzungen für Rekrutierung, Zwangsrekrutierung und die weitere Ausdehnung bewaffneter Herrschaftsstrukturen. Humanitäre und sicherheitspolitische Entwicklungen verstärken sich dadurch gegenseitig.

Die regionale Dimension der Bedrohung gewinnt ebenfalls an Bedeutung. Grenzüberschreitende Schmuggelnetzwerke, illegale Waffenströme und Migrationsbewegungen verbinden die Sicherheitslage Haitis zunehmend mit regionalen Entwicklungen im karibischen Raum. Die Kontrolle von Küstenabschnitten und maritimen Verkehrswegen erleichtert die Einbindung bewaffneter Gruppierungen in transnationale kriminelle Netzwerke und erhöht ihre Fähigkeit, Waffen sowie weitere illegale Güter über internationale Routen zu transportieren. Gleichzeitig erzeugt die anhaltende Gewalt erhebliche Flucht- und Migrationsbewegungen, welche

benachbarte Staaten zunehmend vor sicherheits- und migrationspolitische Herausforderungen stellen. Die Bedrohung besitzt damit eine sicherheitspolitische Relevanz, die weit über die Grenzen Haitis hinausreicht.

Die Einordnung des Bedrohungsbildes bleibt auf internationaler Ebene uneinheitlich. Während einzelne Staaten zentrale Bandenkoalitionen als terroristische Organisationen klassifizieren, bewerten zahlreiche internationale Organisationen die Gewalt primär als Ausdruck organisierter Kriminalität und staatlichen Zerfalls. Unabhängig von dieser begrifflichen Differenz weisen die dokumentierten Operationsmuster deutliche Überschneidungen mit terroristischen Gewaltstrategien auf. Koordinierte Angriffe auf staatliche Einrichtungen, die systematische Einschüchterung der Bevölkerung sowie die gezielte Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit entfalten erhebliche strategische Wirkungen und gehen deutlich über gewöhnliche Kriminalität hinaus. Gleichzeitig fehlen belastbare Hinweise auf eine ideologisch oder religiös motivierte Terrorismusbewegung nach dem Vorbild transnationaler extremistischer Organisationen. Das gegenwärtige Bedrohungsbild ist daher durch eine hybride Form organisierter Gewalt gekennzeichnet, deren Schwerpunkt auf territorialer Herrschaft, wirtschaftlicher Kontrolle und politischer Einflussnahme liegt.

3. Akteurslandschaft und Organisationsstrukturen

Die Gewaltlandschaft Haitis wird von einer Vielzahl bewaffneter Gruppierungen geprägt, die sich hinsichtlich ihrer Größe, territorialen Reichweite und organisatorischen Struktur unterscheiden, zugleich jedoch zunehmend miteinander

kooperieren. Aus ursprünglich lokal agierenden Banden haben sich in den vergangenen Jahren flexible Netzwerke entwickelt, die ihre personellen, logistischen und finanziellen Ressourcen bündeln und dadurch ihre operative Leistungsfähigkeit erheblich steigern konnten. Diese Entwicklung hat die Sicherheitslage grundlegend verändert. Die Bedrohung geht nicht mehr ausschließlich von einzelnen Gruppierungen aus, sondern von einem komplexen Geflecht miteinander verbundener Gewaltakteure, das sich fortlaufend an staatliche Gegenmaßnahmen anpasst und seine Herrschaftsstrukturen kontinuierlich ausweitet.

Die Koalition Viv Ansanm stellt gegenwärtig den bedeutendsten bewaffneten Zusammenschluss innerhalb Haitis dar. Durch die Vereinigung zuvor konkurrierender Gruppierungen entstand ein Netzwerk, das einen erheblichen Teil der bewaffneten Kapazitäten insbesondere im Großraum Port-au-Prince bündelt und seine Einflussgebiete schrittweise auf weitere Regionen ausgedehnt hat. Die Organisationsstruktur ist überwiegend dezentral aufgebaut und beruht auf der Kooperation mehrerer autonom agierender Bandenführungen. Diese Netzwerkstruktur ermöglicht eine hohe operative Flexibilität, reduziert die Abhängigkeit von einzelnen Führungspersonen und erschwert gleichzeitig gezielte Maßnahmen zur nachhaltigen Zerschlagung der Organisation. Militärischer Druck gegen einzelne Teilgruppen führt daher regelmäßig nicht zum Zusammenbruch des Gesamtnetzwerks, sondern lediglich zu dessen temporärer Anpassung oder räumlicher Verlagerung.

Innerhalb der Koalition kommt einzelnen Führungspersönlichkeiten eine hohe symbolische Bedeutung zu. Öffentlich auftretende Akteure übernehmen repräsentative

Funktionen, koordinieren die Außendarstellung der Gruppierungen und beeinflussen die strategische Kommunikation gegenüber Bevölkerung, Medien und staatlichen Institutionen. Die tatsächliche Entscheidungsstruktur bleibt jedoch weitgehend dezentral organisiert. Strategische Entscheidungen werden überwiegend zwischen mehreren Führungsfiguren abgestimmt, wodurch die Koalition gegenüber gezielten Festnahmen oder militärischen Operationen eine hohe organisatorische Resilienz entwickelt. Diese Form netzwerkbasierter Führung stellt einen wesentlichen Unterschied zu klassisch hierarchisch aufgebauten Terrororganisationen dar und erhöht gleichzeitig die Fähigkeit zur schnellen Anpassung an veränderte Sicherheitslagen.

Neben Viv Ansanm besitzen weitere bewaffnete Gruppierungen erhebliche regionale Bedeutung. Besonders hervorzuheben ist Gran Grif, deren Einflussgebiet vor allem die Region Artibonite umfasst. Die Gruppierung kontrolliert Teile eines wirtschaftlich bedeutenden Agrarraumes und wird mit zahlreichen schweren Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung sowie Angriffen auf staatliche Einrichtungen in Verbindung gebracht. Ihre territoriale Verankerung außerhalb der Hauptstadt verdeutlicht, dass sich die Gewaltentwicklung längst nicht mehr ausschließlich auf urbane Räume beschränkt. Vielmehr etablieren sich zunehmend regionale Machtzentren, die unabhängig voneinander über erhebliche militärische Fähigkeiten verfügen und gleichzeitig punktuell mit anderen bewaffneten Netzwerken kooperieren können.

Ergänzt wird dieses Gefüge durch zahlreiche weitere Gruppierungen, darunter 400 Mawozo, Kraze Barye, 5

Segond, 103 Zombies, Village de Dieu sowie Tokyo. Diese Organisationen verfügen jeweils über eigene territoriale Schwerpunkte und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer personellen Stärke, ihres Organisationsgrades sowie ihrer wirtschaftlichen Ressourcen. Trotz fortbestehender Rivalitäten zeigen die dokumentierten Entwicklungen eine zunehmende Bereitschaft zu taktischen Kooperationen, sofern gemeinsame wirtschaftliche oder operative Interessen bestehen. Temporäre Bündnisse, abgestimmte Angriffe sowie die gegenseitige Unterstützung bei territorialen Auseinandersetzungen erhöhen die Komplexität des Konfliktgeschehens erheblich und erschweren eine eindeutige Abgrenzung einzelner Verantwortlichkeiten.

Die strategischen Zielsetzungen der dominierenden Gewaltakteure sind überwiegend wirtschaftlicher und machtpolitischer Natur. Im Mittelpunkt stehen die Kontrolle illegaler Einnahmequellen, die Sicherung territorialer Herrschaft sowie der Ausbau eigener militärischer Fähigkeiten. Ideologische, religiöse oder ethnisch motivierte Zielsetzungen treten demgegenüber deutlich in den Hintergrund. Politische Einflussnahme erfolgt primär dort, wo sie der Absicherung bestehender Macht- und Wirtschaftsstrukturen dient. Gewalt besitzt damit vor allem instrumentellen Charakter und wird gezielt eingesetzt, um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, Konkurrenz auszuschalten und staatliche Gegenmaßnahmen zu erschweren.

Die wirtschaftliche Grundlage dieser Organisationen beruht auf einer breit diversifizierten kriminellen Infrastruktur. Entführungen gegen Lösegeld, Schutzgelderpressung, Kontrolle von Transport- und Handelswegen, Waffenhandel sowie weitere illegale Geschäftsfelder sichern die

kontinuierliche Finanzierung bewaffneter Aktivitäten. Die Kontrolle strategischer Infrastruktur schafft darüber hinaus zusätzliche Einnahmemöglichkeiten und stärkt gleichzeitig die territoriale Dominanz der jeweiligen Gruppierung. Finanzielle Ressourcen ermöglichen die Beschaffung moderner Waffen, die Rekrutierung neuer Mitglieder sowie die Aufrechterhaltung logistischer Versorgungsstrukturen und erhöhen damit dauerhaft die militärische Handlungsfähigkeit der Netzwerke.

Neben den kriminellen Netzwerken beeinflussen auch nichtstaatliche Selbstverteidigungsgruppen die Sicherheitslage zunehmend. Als Reaktion auf die anhaltende Ausbreitung der Bandengewalt entstanden in zahlreichen Gemeinden lokale Vigilantenstrukturen, die Sicherheitsaufgaben außerhalb staatlicher Kontrolle übernehmen. Diese Gruppen genießen teilweise Unterstützung innerhalb der Bevölkerung, werden jedoch zugleich mit außergerichtlichen Tötungen, Lynchjustiz und schweren Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht. Ihre wachsende Bedeutung verdeutlicht den erheblichen Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Sicherheitsorganen und trägt zusätzlich zur Fragmentierung des Gewaltmonopols bei. Anstelle einer Stabilisierung entsteht dadurch häufig eine weitere Ausweitung unkontrollierter Gewaltakteure innerhalb des Konfliktraums.

Die staatlichen Sicherheitskräfte bleiben trotz internationaler Unterstützung nur eingeschränkt handlungsfähig. Personelle Engpässe, unzureichende Ausrüstung, institutionelle Schwächen sowie begrenzte territoriale Präsenz schränken ihre Fähigkeit erheblich ein, dauerhaft Kontrolle über umkämpfte Gebiete wiederherzustellen. Internationale Unterstützungsmissionen konnten zwar punktuell sicherheitsrelevante Erfolge erzielen, bislang jedoch keine

nachhaltige Veränderung der Kräfteverhältnisse bewirken. Dadurch behalten bewaffnete Netzwerke weiterhin erhebliche operative Freiräume und können ihre Herrschaftsstrukturen in vielen Regionen aufrechterhalten oder weiter ausbauen.

4. Nexus zwischen organisierter Kriminalität und terroristisch wirkender Gewalt

Die gegenwärtige Sicherheitslage Haitis wird durch einen hybriden Gewaltkomplex bestimmt, in dem organisierte Kriminalität, politische Gewalt und terroristisch wirkende Operationsformen eng miteinander verflochten sind. Eine eindeutige Zuordnung zu klassischen Kategorien wie Terrorismus oder organisierte Kriminalität greift angesichts der bestehenden Strukturen zu kurz. Die dominierenden bewaffneten Gruppierungen verfolgen zwar überwiegend wirtschaftliche Zielsetzungen, setzen Gewalt jedoch in einer Intensität und Systematik ein, die weit über gewöhnliche kriminelle Aktivitäten hinausgeht. Einschüchterung der Bevölkerung, Angriffe auf staatliche Institutionen und die gezielte Erzeugung gesellschaftlicher Unsicherheit bilden einen integralen Bestandteil ihrer Herrschaftsstrategie und verleihen dem Gewaltgeschehen eine sicherheitspolitische Dimension, die funktionale Überschneidungen mit terroristischen Bedrohungsformen aufweist.

Die wirtschaftliche Grundlage der bewaffneten Netzwerke basiert auf einem breit diversifizierten Spektrum krimineller Aktivitäten. Entführungen gegen Lösegeld, Schutzgelderpressung, Erpressung lokaler Unternehmen, Kontrolle von Handelsrouten, Waffenhandel sowie weitere illegale Einnahmequellen sichern die dauerhafte Finanzierung

bewaffneter Strukturen. Die territoriale Kontrolle wirtschaftlich bedeutender Räume ermöglicht zusätzlich die Erhebung informeller Abgaben auf Warenverkehr und Dienstleistungen sowie die Einflussnahme auf lokale Märkte. Kriminelle Aktivitäten dienen dabei nicht ausschließlich der Gewinnerzielung, sondern bilden die finanzielle Grundlage für den Erwerb moderner Waffen, die Rekrutierung neuer Mitglieder sowie den Ausbau logistischer und operativer Fähigkeiten. Wirtschaftliche Ressourcen und militärische Handlungsfähigkeit verstärken sich gegenseitig und schaffen ein dauerhaft resilientes Gewaltgefüge.

Gewalt wird gezielt als Instrument gesellschaftlicher Kontrolle eingesetzt. Öffentliche Massaker, gezielte Tötungen, Entführungen, sexualisierte Gewalt, Brandanschläge und weitere Formen extremer Brutalität verfolgen neben ihrer unmittelbaren kriminellen Funktion das Ziel, Angst innerhalb der Bevölkerung zu erzeugen und jeden Widerstand gegen die Herrschaft bewaffneter Gruppen zu unterdrücken. Die sichtbare Demonstration von Gewalt besitzt dabei einen erheblichen psychologischen Effekt. Sie vermittelt den Eindruck dauerhafter Überlegenheit der bewaffneten Akteure, schwächt das Vertrauen in staatliche Schutzmechanismen und reduziert die Bereitschaft der Bevölkerung, mit Sicherheitsbehörden zu kooperieren. Die psychologische Wirkung dieser Maßnahmen entfaltet häufig eine größere strategische Bedeutung als die unmittelbaren materiellen Schäden einzelner Angriffe.

Ein wesentlicher Bestandteil der Operationsführung besteht in der gezielten Schwächung staatlicher Institutionen. Wiederholte Angriffe auf Polizeistationen, Gefängnisse, Gerichte, Verwaltungsgebäude, Hafenanlagen und Flughäfen

zielen darauf ab, die Fähigkeit des Staates zur Wahrnehmung seiner Kernaufgaben nachhaltig einzuschränken. Besonders Angriffe auf Haftanstalten besitzen neben ihrer operativen Funktion eine erhebliche symbolische Wirkung, da sie sowohl die Freisetzung inhaftierter Bandenmitglieder ermöglichen als auch die Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Institutionen öffentlich infrage stellen. Gleichzeitig erschweren Angriffe auf kritische Infrastruktur die Bewegungsfreiheit staatlicher Sicherheitskräfte und beeinträchtigen die Versorgung der Bevölkerung sowie die Durchführung humanitärer Hilfsmaßnahmen.

Die Kontrolle strategischer Infrastruktur besitzt sowohl wirtschaftliche als auch sicherheitspolitische Bedeutung. Hauptverkehrsstraßen, Hafenanlagen, Flughäfen sowie zentrale Versorgungsrouten werden genutzt, um Warenströme zu kontrollieren, illegale Einnahmen zu generieren und staatliche Bewegungen frühzeitig zu erkennen. Straßensperren und informelle Kontrollpunkte dienen nicht nur der Erpressung von Schutzgeldern, sondern ermöglichen zugleich die Überwachung ganzer Regionen sowie die Einschränkung staatlicher Präsenz. Die Verbindung territorialer Kontrolle mit wirtschaftlicher Ausbeutung bildet damit einen zentralen Mechanismus zur langfristigen Stabilisierung bewaffneter Herrschaftsstrukturen.

Die Gewaltentwicklung ist zunehmend in regionale kriminelle Netzwerke eingebunden. Illegale Waffenlieferungen, grenzüberschreitender Schmuggel sowie maritime Transportrouten ermöglichen den kontinuierlichen Zufluss von Waffen, Munition und weiteren Ressourcen. Diese transnationalen Verbindungen erhöhen die militärischen Fähigkeiten bewaffneter Gruppierungen und erschweren

gleichzeitig ihre Bekämpfung durch nationale Sicherheitsmaßnahmen. Die Einbindung in regionale Schmuggelnetzwerke verleiht den Organisationen zusätzliche finanzielle Stabilität und erweitert ihren Handlungsspielraum über die Landesgrenzen hinaus. Die haitianische Sicherheitskrise besitzt dadurch nicht nur nationale, sondern zunehmend auch regionale sicherheitspolitische Auswirkungen.

Ideologisch motivierte Zielsetzungen treten innerhalb dieses Gewaltkomplexes deutlich in den Hintergrund. Belastbare Hinweise auf religiös motivierte, ethnisch begründete oder transnational-jihadistische Bestrebungen liegen nicht vor. Politische Einflussnahme erfolgt überwiegend dort, wo sie der Sicherung territorialer Kontrolle, wirtschaftlicher Interessen oder dem Schutz bestehender Machtstrukturen dient. Gewalt stellt somit kein Mittel zur Durchsetzung eines ideologischen Programms dar, sondern ein strategisches Instrument zur Aufrechterhaltung krimineller Herrschaft. Gerade diese funktionale Ausrichtung erklärt die unterschiedliche internationale Einordnung der bewaffneten Gruppierungen und verdeutlicht zugleich die analytischen Grenzen klassischer Terrorismusdefinitionen im haitianischen Kontext.

Die Wechselwirkungen zwischen organisierter Kriminalität und terroristisch wirkender Gewalt erzeugen einen selbstverstärkenden Kreislauf. Kriminelle Einnahmen finanzieren die militärischen Fähigkeiten bewaffneter Gruppen, militärische Stärke ermöglicht die Ausweitung territorialer Kontrolle, während zusätzliche Herrschaftsräume wiederum neue Einnahmequellen erschließen. Dieser Mechanismus erhöht kontinuierlich die Unabhängigkeit der Gruppierungen gegenüber staatlichen Institutionen und erschwert ihre

nachhaltige Schwächung. Gleichzeitig verstärken Korruption, institutionelle Defizite und die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Sicherheitsorgane die Stabilität dieses Gewaltökosystems und begünstigen dessen weitere Ausbreitung.

5. Spezifische Risiken, Zielobjekte und Operationsmuster

Die gegenwärtige Bedrohungslage in Haiti ist durch eine hohe Gewaltintensität gegenüber staatlichen Institutionen, der Zivilbevölkerung sowie kritischer Infrastruktur gekennzeichnet. Die bewaffneten Gruppierungen verfolgen dabei einen multidimensionalen Ansatz, bei dem militärisch anmutende Operationen, organisierte Kriminalität und psychologische Einschüchterung miteinander kombiniert werden. Ziel der Gewalt ist nicht ausschließlich die Ausschaltung einzelner Gegner, sondern die dauerhafte Sicherung territorialer Kontrolle, die Destabilisierung staatlicher Institutionen sowie die Aufrechterhaltung eines Umfeldes, in dem kriminelle Herrschaftsstrukturen ohne wirksamen staatlichen Widerstand bestehen können. Die Auswahl der Zielobjekte folgt dabei einer klar erkennbaren strategischen Logik, welche sowohl die Handlungsfähigkeit staatlicher Organe als auch die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung nachhaltig schwächen soll.

Im Mittelpunkt der Angriffe stehen staatliche Sicherheitsorgane und Einrichtungen der öffentlichen Ordnung. Polizeistationen, Gefängnisse, Gerichte, Regierungsgebäude, Verwaltungsstandorte sowie Ausbildungszentren der Sicherheitskräfte werden wiederholt angegriffen, um staatliche Präsenz zurückzudrängen und operative

Handlungsspielräume der Sicherheitsbehörden einzuschränken. Besonders die koordinierten Angriffe auf mehrere staatliche Einrichtungen innerhalb kurzer Zeiträume verdeutlichen eine zunehmende operative Planung und die Fähigkeit bewaffneter Gruppen, mehrere Ziele gleichzeitig anzugreifen. Gefängnisstürme besitzen hierbei eine besondere strategische Bedeutung, da sie nicht nur der Freisetzung inhaftierter Bandenmitglieder dienen, sondern zugleich die Autorität des Staates öffentlich infrage stellen und personelle Verluste der Gruppierungen unmittelbar kompensieren.

Parallel hierzu richtet sich die Gewalt in erheblichem Umfang gegen die Zivilbevölkerung. Massaker, gezielte Tötungen, Entführungen gegen Lösegeld, sexualisierte Gewalt sowie Vertreibungen dienen der Einschüchterung lokaler Gemeinschaften und der dauerhaften Kontrolle besetzter Gebiete. Die Gewalt richtet sich häufig nicht gegen einzelne Personen aufgrund individueller Merkmale, sondern gegen ganze Bevölkerungsgruppen innerhalb rivalisierender oder strategisch bedeutsamer Räume. Dadurch entsteht eine kollektive Abschreckungswirkung, welche Widerstand gegen die Herrschaft bewaffneter Gruppen erheblich erschwert und gleichzeitig Fluchtbewegungen sowie die Entvölkerung wichtiger Regionen begünstigt. Öffentliche Gewalthandlungen, Verstümmelungen und Brandanschläge verstärken diese psychologische Wirkung zusätzlich und tragen zur langfristigen Destabilisierung gesellschaftlicher Strukturen bei.

Kritische Infrastruktur bildet einen weiteren Schwerpunkt der Operationsführung. Hauptverkehrsstraßen, Hafenanlagen, Flughäfen, Energieversorgungseinrichtungen sowie Kommunikationsinfrastruktur werden gezielt blockiert oder

angegriffen, um staatliche Bewegungsfreiheit einzuschränken, wirtschaftliche Aktivitäten zu kontrollieren und die Versorgung der Bevölkerung zu beeinflussen. Durch Straßensperren und illegale Kontrollpunkte gelingt es den bewaffneten Gruppen, Personen- und Warenverkehr zu überwachen, Schutzgelder zu erheben sowie operative Bewegungen staatlicher Sicherheitskräfte frühzeitig zu erkennen. Die Kontrolle logistischer Knotenpunkte erhöht gleichzeitig die wirtschaftliche Abhängigkeit lokaler Bevölkerungsteile von den jeweiligen Bandenstrukturen und stärkt deren territoriale Herrschaft.

Die eingesetzten Operationsmittel zeigen eine deutliche Professionalisierung der bewaffneten Akteure. Automatische Sturmgewehre, hochkalibrige Präzisionswaffen, Brandmittel, improvisierte Sperranlagen sowie zunehmend auch Dronentechnologie erweitern das operative Fähigkeitsspektrum erheblich. Koordinierte Mehrfachangriffe, simultane Operationen gegen verschiedene Zielobjekte sowie die Unterbrechung von Kommunikations- und Versorgungswegen lassen auf eine zunehmende taktische Planung schließen. Gleichzeitig bleiben asymmetrische Gewaltformen wie Entführungen, Schutzgelderpressung, gezielte Einschüchterung und sexualisierte Gewalt zentrale Bestandteile der Operationsführung, da sie mit vergleichsweise geringem Ressourceneinsatz erhebliche strategische Wirkungen entfalten.

Internationale Organisationen, humanitäre Einrichtungen und ausländische Sicherheitskräfte geraten ebenfalls zunehmend in den Wirkungsbereich der Gewalt. Angriffe auf internationale Sicherheitskräfte sowie die Behinderung humanitärer Hilfe verdeutlichen, dass bewaffnete Gruppierungen externe

Akteure als Hindernis für ihre territoriale Kontrolle betrachten. Die Einschränkung humanitärer Zugänge verschärft gleichzeitig die Versorgungskrise der Bevölkerung und verstärkt mittelbar jene sozialen Bedingungen, welche Rekrutierung und Machterhalt der Gruppierungen begünstigen. Dadurch entsteht ein sich selbst verstärkender Kreislauf aus Gewalt, humanitärer Krise und wachsender gesellschaftlicher Instabilität.

Die größte strukturelle Verwundbarkeit des haitianischen Staates liegt weiterhin in der begrenzten Fähigkeit, kritische Infrastruktur dauerhaft zu sichern und territoriale Kontrolle wiederherzustellen. Personelle Defizite der Sicherheitskräfte, unzureichende Ausstattung, Korruption sowie die anhaltende Fragmentierung staatlicher Institutionen ermöglichen es bewaffneten Gruppen, militärischen Druck flexibel auszuüben und sich staatlichen Gegenmaßnahmen wiederholt zu entziehen. Der gleichzeitige Einsatz privater Sicherheitsunternehmen und internationaler Unterstützungsmissionen konnte diese strukturellen Defizite bislang lediglich punktuell kompensieren und hat die grundlegenden Machtverhältnisse im Konfliktraum nicht nachhaltig verändert.

6. Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozesse

Die Rekrutierung bewaffneter Gruppierungen in Haiti wird überwiegend durch strukturelle sozioökonomische Faktoren und nicht durch ideologische oder religiöse Überzeugungen bestimmt. Anhaltende Armut, hohe Arbeitslosigkeit, eingeschränkter Zugang zu Bildung, fehlende wirtschaftliche Perspektiven sowie der weitgehende Zusammenbruch

staatlicher Schutz- und Versorgungsstrukturen schaffen ein Umfeld, in dem insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene eine erhöhte Anfälligkeit für die Anwerbung durch kriminelle Netzwerke aufweisen. In zahlreichen Gemeinden stellen bewaffnete Gruppierungen die einzigen Akteure dar, die Einkommen, Schutz oder soziale Zugehörigkeit anbieten können. Die Mitgliedschaft dient daher häufig der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts oder dem Schutz vor konkurrierenden Gewaltakteuren und weniger der Verfolgung politischer oder ideologischer Ziele.

Die Rekrutierungsstrategien verbinden freiwillige Anwerbung mit unterschiedlichen Formen von Zwang und sozialem Druck. Finanzielle Anreize, regelmäßige Einkommensmöglichkeiten sowie die Aussicht auf gesellschaftlichen Status innerhalb lokaler Gemeinschaften spielen eine wesentliche Rolle. Gleichzeitig werden Minderjährige und andere besonders vulnerable Personengruppen vielfach unter Androhung oder Anwendung von Gewalt in bewaffnete Strukturen integriert. Die Grenzen zwischen freiwilliger Mitgliedschaft und Zwangsrekrutierung sind dabei häufig fließend, da individuelle Entscheidungsfreiheit durch die allgegenwärtige Gewalt, wirtschaftliche Notlagen und fehlende staatliche Schutzmechanismen erheblich eingeschränkt wird.

Die Kontrolle ganzer Stadtviertel und Gemeinden erleichtert den bewaffneten Gruppierungen den Zugang zu potenziellen Rekrutierungsgruppen erheblich. Die dauerhafte Präsenz bewaffneter Akteure im unmittelbaren Lebensumfeld der Bevölkerung ermöglicht eine kontinuierliche Einflussnahme auf soziale Strukturen und lokale Machtverhältnisse. Jugendliche wachsen vielfach in einem Umfeld auf, in dem bewaffnete Gruppen den Alltag bestimmen und staatliche Institutionen

kaum sichtbar sind. Dadurch entwickeln sich kriminelle Herrschaftsstrukturen für Teile der Bevölkerung zu einer faktischen gesellschaftlichen Normalität, was die langfristige Rekrutierung zusätzlicher Mitglieder begünstigt und den Fortbestand bestehender Netzwerke sichert.

Familien- und Nachbarschaftsstrukturen besitzen innerhalb der Rekrutierungsprozesse eine erhebliche Bedeutung. Persönliche Beziehungen, lokale Loyalitäten und soziale Bindungen erleichtern den Zugang zu neuen Mitgliedern und fördern die interne Stabilität bewaffneter Gruppierungen. Gleichzeitig erschweren diese engen sozialen Verflechtungen den Sicherheitsbehörden die Identifizierung potenzieller Rekrutierungsnetzwerke, da organisatorische Strukturen häufig auf bestehenden familiären oder gemeinschaftlichen Beziehungen aufbauen. Die Rekrutierung erfolgt somit weniger über formalisierte ideologische Organisationen als vielmehr über lokale soziale Netzwerke, in denen Vertrauen, Loyalität und gegenseitige Abhängigkeiten eine zentrale Rolle spielen.

Digitale Kommunikationsmittel und soziale Medien gewinnen zunehmend an Bedeutung für die Außendarstellung bewaffneter Gruppierungen. Veröffentlichungen von Waffen, Fahrzeugen, Geldmitteln oder territorialer Kontrolle dienen dazu, Stärke, Handlungsfähigkeit und Unantastbarkeit zu demonstrieren. Gleichzeitig werden öffentlich inszenierte Gewalthandlungen genutzt, um rivalisierende Gruppen einzuschüchtern, staatliche Sicherheitsorgane zu demoralisieren und den eigenen Einfluss innerhalb kontrollierter Gebiete sichtbar zu machen. Im Unterschied zu ideologisch motivierten Terrororganisationen dienen diese Kommunikationsstrategien jedoch überwiegend der

Machtdemonstration und Abschreckung, nicht der Verbreitung politischer oder religiöser Ideologien oder der internationalen Mobilisierung neuer Anhänger.

Belastbare Hinweise auf systematische Radikalisierungsprozesse im Sinne religiös motivierten Extremismus oder transnational-jihadistischer Ideologien liegen nicht vor. Weder bestehen erkennbare organisatorische Verbindungen zu international agierenden Terrororganisationen noch finden sich Hinweise auf die Verbreitung extremistischer Glaubens- oder Weltanschauungen als Grundlage der Gewaltanwendung. Die Legitimation von Gewalt erfolgt überwiegend pragmatisch und orientiert sich an der Sicherung territorialer Kontrolle, wirtschaftlicher Interessen sowie der Durchsetzung interner Machtansprüche. Die Anwendung extremer Gewalt besitzt damit überwiegend funktionalen Charakter und dient der Aufrechterhaltung krimineller Herrschaftsstrukturen.

Die fortdauernde humanitäre Krise erhöht das langfristige Rekrutierungspotenzial zusätzlich. Vertreibung, Ernährungsunsicherheit, eingeschränkte Bildungsangebote und der Zusammenbruch öffentlicher Dienstleistungen führen zu einer zunehmenden sozialen Verwundbarkeit breiter Bevölkerungsschichten. Je länger diese strukturellen Defizite bestehen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass bewaffnete Gruppierungen ihre gesellschaftliche Verankerung weiter ausbauen und zusätzliche Mitglieder gewinnen können. Die Rekrutierungsfähigkeit der Netzwerke ist daher eng mit der allgemeinen sozioökonomischen Entwicklung des Landes verknüpft und wird maßgeblich durch die anhaltende Schwäche staatlicher Institutionen begünstigt.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Rekrutierung Minderjähriger. Kinder und Jugendliche gehören aufgrund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verwundbarkeit zu den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Der Verlust familiärer Strukturen, fehlende Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die permanente Präsenz bewaffneter Gruppen erhöhen das Risiko einer frühen Einbindung in kriminelle Netzwerke erheblich. Eine langfristige Verfestigung dieser Entwicklung könnte zur Entstehung generationenübergreifender Gewaltstrukturen führen und die Reintegration ehemaliger Mitglieder in staatliche und gesellschaftliche Strukturen erheblich erschweren.

7. Trends und Bedrohungsentwicklung

Die Sicherheitsentwicklung in Haiti weist auf eine anhaltende Verschärfung der Bedrohungslage hin. Die gegenwärtigen Dynamiken sprechen dafür, dass bewaffnete Gruppierungen ihre territoriale Kontrolle weiter ausbauen, ihre Organisationsstrukturen zunehmend professionalisieren und ihre Fähigkeit zur Durchführung koordinierter Operationen kontinuierlich verbessern werden. Eine nachhaltige Umkehr dieser Entwicklung ist unter den derzeitigen politischen, sicherheitspolitischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen kurzfristig nicht erkennbar. Die strukturellen Ursachen der Gewalt bestehen fort und begünstigen die weitere Konsolidierung bewaffneter Netzwerke.

Ein zentraler Trend besteht in der fortschreitenden Institutionalisierung krimineller Herrschaftsstrukturen. Bewaffnete Gruppierungen beschränken sich zunehmend

nicht mehr auf die Kontrolle einzelner Stadtviertel oder lokaler Einflussräume, sondern etablieren dauerhafte Verwaltungs- und Kontrollmechanismen innerhalb der von ihnen beherrschten Gebiete. Die Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten, die Kontrolle des Personen- und Warenverkehrs sowie die Durchsetzung eigener Regeln gegenüber der Bevölkerung weisen auf die schrittweise Herausbildung paralleler Machtstrukturen hin. Mit zunehmender Dauer dieser Entwicklung steigt das Risiko einer dauerhaften Erosion staatlicher Autorität und einer langfristigen Verfestigung informeller Herrschaftssysteme.

Parallel hierzu ist eine zunehmende Professionalisierung bewaffneter Netzwerke zu beobachten. Koordinierte Mehrfachangriffe, verbesserte logistische Abläufe, eine effizientere Ressourcenverteilung sowie die stärkere Zusammenarbeit zwischen ehemals konkurrierenden Gruppierungen deuten auf eine steigende organisatorische Leistungsfähigkeit hin. Dezentrale Führungsstrukturen erhöhen die Widerstandsfähigkeit gegenüber gezielten Sicherheitsmaßnahmen und ermöglichen eine schnelle Anpassung an veränderte operative Rahmenbedingungen. Die Netzworlbildung dürfte deshalb auch künftig einen wesentlichen Faktor für die steigende Handlungsfähigkeit bewaffneter Gruppierungen darstellen.

Die territoriale Ausweitung der Gewalt wird sich voraussichtlich über die Metropolregion Port-au-Prince hinaus fortsetzen. Bereits heute verlagern sich bewaffnete Aktivitäten zunehmend in wirtschaftlich bedeutsame Regionen sowie entlang strategischer Verkehrsachsen. Eine weitere Ausdehnung auf ländliche Gebiete würde nicht nur die humanitäre Lage zusätzlich verschärfen, sondern auch die

ationale Versorgung mit Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern beeinträchtigen. Gleichzeitig erhöht die Kontrolle logistischer Korridore die wirtschaftliche Unabhängigkeit bewaffneter Gruppierungen und stärkt ihre Fähigkeit, staatlichen Gegenmaßnahmen dauerhaft zu widerstehen.

Die anhaltende Schwäche staatlicher Institutionen bleibt der bedeutendste strukturelle Risikofaktor für die zukünftige Sicherheitsentwicklung. Personelle Defizite, begrenzte materielle Ressourcen, institutionelle Instabilität sowie eingeschränkte territoriale Präsenz erschweren weiterhin die Wiederherstellung staatlicher Kontrolle. Internationale Unterstützungsmaßnahmen können kurzfristig einzelne Sicherheitsgewinne ermöglichen, ersetzen jedoch keine dauerhaft funktionsfähigen nationalen Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen. Ohne nachhaltige institutionelle Stärkung dürfte sich das bestehende Machtungleichgewicht zugunsten bewaffneter Netzwerke weiter verfestigen.

Auch die sozioökonomischen Rahmenbedingungen sprechen für eine anhaltend hohe Rekrutierungsfähigkeit bewaffneter Gruppierungen. Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildungsangebote sowie die eingeschränkte staatliche Daseinsvorsorge schaffen weiterhin günstige Voraussetzungen für die Gewinnung neuer Mitglieder. Besonders Jugendliche und Minderjährige bleiben aufgrund fehlender Zukunftsperspektiven eine zentrale Zielgruppe krimineller Netzwerke. Solange sich diese strukturellen Faktoren nicht grundlegend verbessern, ist mit einer kontinuierlichen personellen Erneuerung bewaffneter Organisationen zu rechnen.

Die humanitäre Krise dürfte sich ebenfalls zu einem langfristigen sicherheitspolitischen Verstärker entwickeln. Vertreibungen, Ernährungsunsicherheit, eingeschränkter Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sowie die Behinderung humanitärer Hilfe erhöhen die gesellschaftliche Verwundbarkeit weiter. Dadurch entstehen Bedingungen, welche die soziale Legitimation bewaffneter Gruppen in einzelnen Regionen stärken und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen zusätzlich schwächen können. Humanitäre und sicherheitspolitische Entwicklungen werden sich daher voraussichtlich weiterhin gegenseitig verstärken.

Die internationale Dimension der Sicherheitslage wird ebenfalls an Bedeutung gewinnen. Illegale Waffenströme, grenzüberschreitender Schmuggel sowie Migrationsbewegungen verbinden die Entwicklung Haitis zunehmend mit regionalen Sicherheitsinteressen in der Karibik. Eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage könnte den Migrationsdruck erhöhen, transnationale kriminelle Netzwerke stärken und zusätzliche Herausforderungen für benachbarte Staaten schaffen. Gleichzeitig dürfte die internationale Unterstützung für haitianische Sicherheitsinstitutionen angesichts der regionalen Auswirkungen der Krise weiterhin ein wesentlicher Bestandteil internationaler Stabilisierungsbemühungen bleiben.

Eine grundlegende Veränderung des Bedrohungsbildes hin zu ideologisch oder religiös motiviertem Terrorismus ist gegenwärtig nicht erkennbar. Die Entwicklung spricht vielmehr für eine weitere Verfestigung hybrider Gewaltformen, bei denen organisierte Kriminalität, territoriale Herrschaft und strategische Gewaltanwendung eng miteinander verbunden

bleiben. Künftige Veränderungen dürften sich daher weniger in der ideologischen Ausrichtung der Gruppierungen als vielmehr in ihrer organisatorischen Leistungsfähigkeit, ihrer territorialen Ausdehnung und ihrer Einbindung in regionale kriminelle Netzwerke manifestieren.

TERRORISMUSBEDROHUNG

HAITI

